

Ihr rüstet uns kaputt!

Soziale Gerechtigkeit braucht Frieden



Inhalt

Frieden: Meisterwerk der Vernunft

Seite 2

Zivile Nichtzusammenarbeit

Seite 2

Unterirdisch: Kriegstüchtige Krankenhäuser

Seite 2

Aufrüstung konkret: Wohin fließt das viele Geld?

Seite 3

Wir müssen zum Sand im Getriebe der Kriegsmaschinerie werden

Seite 3

Petition an den Bundeskanzler

Seite 4

Wer rüstet, rostet

Wo ist mein Paket? Keiner weiß es. 55.395 Beschwerden über Postdienstleistungen gingen 2025 bei der Bundesnetzagentur ein. Wann kommt mein Zug? Vermutlich später. Im Fernverkehr liegt die Pünktlichkeitsquote zeitweise nur noch bei knapp 50 Prozent. Verspätungen von über zwei Stunden und komplette Zugaussfälle sind keine Seltenheit. Um Deutschlands Infrastruktur ist es schlecht bestellt. Es bröckelt und rostet. Geschätzt 16.000 Straßenbrücken müssen erneuert werden, dazu kommen 1.100 Bahnbrücken. Viele Schultoiletten sind in einem desolaten Zustand, wer irgend kann, macht einen großen Bogen um sie. In Schulen und Sporthallen regnet es rein, Schwimmbäder werden ganz geschlossen. Studierende werden in Lagerräumen oder online unterrichtet, weil Universitätsgebäude zustandsbedingt gesperrt sind. Seit Januar 2020 hat Deutschland 106 Klinikstandorte verloren. In den kommenden Jahren droht der Verlust von 500 weiteren Krankenhäusern. Ist die Rente sicher? Für viele ist nur sicher, dass sie niedrig sein wird. Unsicher hingegen ist zunehmend, ob das Rentenalter überhaupt erreicht wird. Der Regierung sind 45 Beitragsjahre nicht genug. Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen forderte die deutsche Bundesregierung jüngst dazu auf, die Sozialsysteme zu stärken. Einkommen und Vermögen seien deutlich ungleichmäßiger verteilt als noch vor einigen Jahren. Wie wäre das: Die Bahn kommt immer pünktlich. Schulen und Universitäten sind sauber und intakt. Wer 45 Jahre gearbeitet hat, darf generell abschlagsfrei in die Rente, mit 65 Jahren dürfen es alle. Das nächste Krankenhaus ist nur 15 Minuten entfernt und hat ausreichend und gut bezahlte Pflegekräfte. Das und vieles mehr ist möglich. Wenn wir das Geld dafür nicht in Waffen stecken.

Raketen statt günstiger Mieten? Kasernen statt Kitas, panzertaugliche Brücken anstelle der Sanierung der Bahn? Wenn es nach der Bundesregierung geht, fließen gewaltige Gelder und Ressourcen in die Aufrüstung. Krasser Sozialabbau soll das finanzieren. | **Carl Waßmuth**

In einer Phase massiver Aufrüstung erleben wir einen Sozialabbau wie seit der Agenda 2010 nicht mehr. Renten Kürzungen, steigende Pflege- und Gesundheitskosten und der Abbau sozialer Schutzrechte werden als unausweichlich dargestellt. Steuergelder in der Größenordnung der Hälfte des Bundeshaushalts sollen ins Militär fließen. Auch wenn alle angekündigten Kürzungen umgesetzt werden, reichen sie nicht aus, um die wachsenden Rüstungsausgaben zu finanzieren. Was kommt noch?

Armut durch Rüstung

Zweimal wurde das Grundgesetz schon geändert, um mehr Schulden fürs Militär machen zu können. Inzwischen fragen die ersten Bundestagsabgeordneten der SPD, was eigentlich mit den 100 Milliarden Euro aus dem ersten Sondervermögen gekauft wurde? Ihnen dämmert, dass ein Blanko-Scheck ausgestellt wurde, bei dem die Rüstungsindustrie selbst eintragen darf, was sie bekommt. Dieser Scheck ist auf unseren Namen ausgestellt – Millionen Menschen drohen zu verarmen, damit immer mehr, immer teurere Waffen gekauft werden können. Die zunehmende Schuldenlast wird erdrückend, gleichzeitig wächst die Abhängigkeit von der Rüstungsindustrie.

Manche hoffen auf einen Aufschwung durch die Aufrüstung. Aber wer mit Steuergeld die Konjunktur fördern will, erzielt einen viel größeren Effekt mit der Finanzierung öffentlicher Infrastrukturen. Bildungsinvestitionen beispielsweise sind achtmal wirksamer als Militärausgaben. Stattdessen werden Straßen,

die Bahn und Krankenhäuser kriegstauglich gemacht, die gleichzeitig im Alltag immer untauglicher werden. Zukunftsinvestitionen in den Klimaschutz scheitern an den Kosten für Waffenkäufe, während weltweit die Wälder brennen. Kriege konterkarieren Klimaschutzbemühungen. Junge Menschen sollen ihre besten Jahre fürs Militär opfern, und im Ernstfall auch ihr Leben.

Nur noch 13 Prozent der Menschen vertrauen Bundeskanzler Friedrich Merz, es gibt auch wirklich viele Gründe, skeptisch zu sein. Sollen wir ihm und seinem Kabinett ausgerechnet in Sachen Rüstung zutrauen, alles richtig zu machen? Oder Donald Trump, der die Welt mit Zöllen überzieht, der Kanada und Grönland den USA einverleiben will: Wieso sollen wir seine Forderung nach einer Aufrüstungsquote von fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts erfüllen? Die Interessen dahinter sind durchsichtig: Nato-Mitglieder, die so stark aufrüsten, sind gezwungen, einen Großteil der Waffensysteme in den USA zu kaufen. Trump hat ein Monopol und diktiert die Preise: „Her mit der Knete.“

Unsicherheit durch Rüstung

Die Rüstungsproduktion nach Europa zu holen ist auch keine Lösung. Die Geschichte zeigt: Aufrüstung führt meist zu Krieg, und Krieg führt immer zu Zerstörung und Tod. Die weltweiten Militärausgaben stiegen 2025 das elfte Jahr in Folge. Über 100 Staaten sind dabei, aufzurüsten. In den letzten dreißig Jahren sind Kriege und Kampfhandlungen auf den höchsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg gestiegen. Viele Waf-

fen bleiben nicht in den Ländern, für die sie produziert wurden. Unter unübersichtlichen Bedingungen werden sie weiterverkauft oder erobert. In dieser unsicheren werdenden Welt bespielt die Bundesregierung unsere Ängste. Sie verspricht uns Sicherheit durch Aufrüstung. Gleichzeitig unterlässt sie jede glaubwürdige Diplomatie. Wo sind die Milliarden für Friedensforschung, wo die Anstrengungen, unsere Sicherheit durch Verträge, Handel, kulturellen Austausch zu vergrößern?

In Sachen Aufrüstung sind der Regierung nur bestimmte Ängste von uns nützlich. Dass wir auch Massenvernichtungsmittel fürchten müssen, wird oft beschwiegen. Neun Staaten auf der Welt besitzen derzeit zusammen rund 12.000 Atomwaffen. Etwa 2.000 Atomraketen sind ständig in höchster Alarmbereitschaft und können ihr Ziel binnen Minuten erreichen. Zwanzig dieser modernisierten Raketen sind in Deutschland stationiert. Wer kann sagen, dass die Auslösung durch Fehlalarme hundertprozentig ausgeschlossen ist? Bereits die Gewinnung und Verarbeitung von Uran und Plutonium bergen das Risiko radioaktiver Verseuchung. Dazu die Millionen schon durch Atomtests Betroffenen weltweit. Die Forschung zu Bio-Waffen wie die Gain-of-function-Forschung kann unbeabsichtigt zu Erkrankung und Tod von vielen führen.

Zerstörung durch Rüstung

Kriege werden nicht mehr allein auf Schlachtfeldern vor der Stadt geführt. Die meisten Kriegsgeschehnisse sind Unbeteiligte. Raketen und Drohnen

werden gezielt auf Infrastrukturen gerichtet, auf Energieversorgung, Verkehrswege und Handelszentren. Zerstört werden Wohnhäuser, Kindergärten, sogar die Trinkwasserversorgung und Krankenhäuser. Ganze Landstriche werden toxisch. Ohne Daseinsvorsorge wird das Überleben in den betroffenen Regionen für lange Zeit erschwert, selbst wenn der Krieg beendet ist. Militär emittiert fünf Prozent vom globalen Treibhausgas. Ein Panzer verbraucht schon im Manöver hundertmal mehr Sprit als ein Auto, von Kampfjets und Flugzeugträgern ganz zu schweigen. Rüstungsproduktion ist weder bio noch öko, die Gewinnung der Metalle und seltenen Erden zerstört ganze Landschaften. Giftige Altmunition und chemische Kampfstoffe gelangen immer wieder in Böden und Grundwasser. Betroffenen sind meist die Schwächsten.

Die Bundesregierung ist in einer Weise radikal, die brandgefährlich wird. Wer die soziale Basis unserer Gesellschaft schleift, sägt am Ast des sozialen Friedens. Und mit verbaler und materieller Aufrüstung bringt Merz uns näher an den nächsten Krieg statt weiter weg davon. Deutschland und die Weltgemeinschaft müssen ernsthafte Anstrengungen unternehmen, um Kriege zu verhindern und zu stoppen: Dialog statt Schießen. Jeder Euro für soziale Absicherung, Daseinsvorsorge, Klimaschutz hilft uns, die Welt friedlicher zu machen. Wir benötigen mehr Miteinander, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Sozialproteste und Friedensbewegung sollten einander im Einsatz für eine bessere Welt unterstützen.

Frieden: Meisterwerk der Vernunft

Im Sinne Immanuel Kants braucht Europa eine neue Friedenspolitik statt weiterer Aufrüstung. Denn Militarisierung, Krieg und wachsende Schulden gefährden heute die soziale Sicherheit, den Frieden und die Demokratie.

In seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ zeigte Immanuel Kant, dass Frieden „kein Naturzustand“ ist, der von allein entsteht. Er muss von Menschen immer wieder aktiv gestiftet werden. Heute bräuchten wir einen Kant in politischer Verantwortung, der das Politikversagen beendet, die Eskalationsdynamik des Ukraine-Krieges stoppt und einen gesamteuropäischen Frieden stiftet.

Was hat die Regierungschefs so benebelt, dass sie glauben, mit immer mehr Waffen Frieden stiften zu können? Schon 2003 führte diese Ideologie der Neokonservativen die Vereinigten Staaten in den völkerrechtswidrigen Irakkrieg. Dieselbe Ideologie prägt die „Koalition der Willigen“, die in der Ukraine einen „Siegfrieden“ erreichen wollen. Doch Europa geht dabei kaputt.

Russland ist verantwortlich für den schrecklichen Krieg in der Ukraine, auch wenn die Vorgeschichte auf beiden Seiten kompliziert ist. Zum politischen Versagen nach 1990 gehört die vertane Chance auf eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur, obwohl die deutsche und europäische Einigung ein Fenster für das gemeinsame Haus Europa geöffnet hatte. Die USA wollten ihre Dominanz in Europa bewahren. Europas Regierungen folgten dem neoliberalen Pfad, den sie auch Boris Jelzin für Russland aufschwatzten; die Nordatlantikpakt-Organisation sollte gestärkt und ausgeweitet werden.

Es folgten Kalter Krieg, Hochrüstung und eine schleichende Militarisierung der Gesellschaften. Deutschland soll „kriegstüchtig“ und „militärisch erwachsen“ werden. Die Rüstungsausgaben haben sich von 2014 bis 2024 nahezu verdreifacht und sollen sich bis 2029 verdoppeln. Deutschland liegt weltweit auf Platz vier. Friedrich Merz will die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Militärmacht Europas machen. Über eine europäische Atombombe wird geredet.

Boris Pistorius kündigte bis Ende des Jahrzehnts rund 3,5 Prozent des

Bruttoinlandsprodukts für Militärausgaben und bis 2032 weitere 1,5 Prozent für militärische Infrastruktur an. Damit werden Anfang des nächsten Jahrzehnts bis zu 230 Milliarden Euro jährlich für Kriegstüchtigkeit ausgegeben. Der Schuldenstand explodiert, die Zinsausgaben erreichen Rekordhöhen. Der Bundeshaushalt 2026: 526 Milliarden Euro. Dafür werden 89,9 Milliarden Euro Schulden aufgenommen, hinzu kommen 84,4 Milliarden Euro für die Sondervermögen Infrastruktur, Klima und Bundeswehr. Für 2027 werden über 200 Milliarden Euro Schulden aufgenommen.

Für Militärausgaben wurde die Schuldenbremse gelockert, doch auch der Stabilitäts- und Wachstumspakt der Europäischen Union begrenzt die Verschuldung. Nach Berechnungen des Stabilitätsrats steigt die Defizitquote auf 4,75 Prozent und damit weit über drei Prozent. Der maximal zulässige Schuldenstand von 60 Prozent steigt auf 80,25 Prozent.

Die Militarisierung ist Nahrung für Kriege – nach außen wie nach innen. Die Verteilungskonflikte spitzen sich dramatisch zu. Unser Land wird handlungsunfähig, denn wir rüsten uns kaputt. Die Unterschiede zwischen Arm und Reich werden unanständig wachsen. Oberbefehlshaber der Bundeswehr erklären, Deutschland müsse schon in wenigen Jahren zum Krieg gegen Russland bereit sein. Dabei lässt das Grundgesetz die Bundeswehr nur zur Landesverteidigung zu; über ihren Einsatz entscheidet der Bundestag. Die strammen Herren erwähnen weder die positiven Erfahrungen mit der Friedens- und Entspannungspolitik noch die Gefahren eines angesichts der Eskalationsdynamik nicht auszuschließenden Krieges im Atomzeitalter. In der öffentlichen Meinungsbildung herrscht „Kriegskonformismus“.

Machtstreben, Konfrontation und Kalter Krieg sind zurück. Statt Waffenstillstand und Frieden zu suchen, dreht sich die Kriegsspirale immer

schneller. Bis heute fehlt ein ernsthafter europäischer Friedensplan, der den Sicherheitsinteressen beider Seiten gerecht wird. Die „Koalition der Willigen“ hat nicht einmal mit Wladimir Putin geredet, geschweige denn verhandelt. Auch deshalb kam es in der Ukraine zu einem schrecklichen Zermürbungskrieg mit vielen Toten und Schwerverletzten, Zerstörung und Leid.

Je länger der Krieg dauert, desto tiefer rutscht Deutschland in die Schuldenfalle. Nach vorliegenden Berechnungen hat Deutschland der Ukraine seit 2022 für Aufrüstung, zivile Infrastruktur, Gehälter und Pensionen des Militär- und Staatsapparats sowie ukrainische Flüchtlinge national, über die Europäische Union oder die Nordatlantikpakt-Organisation mehr als 170 Milliarden Euro zukommen lassen. Parallel explodieren in Deutschland die Mieten, werden Sozialleistungen gesenkt, wird das Gesundheitswesen zusammengestrichen und sollen Renten gekürzt werden. Vier Beispiele:

- Mit rund 65 Milliarden Euro könnte die Wohnungsnot erheblich verringert werden. Bundesweit fehlen rund 1,4 Millionen Wohnungen.
- Der Paritätische Wohlfahrtsverband schätzte vor fünf Jahren die Kosten für die Abschaffung der Armut auf 24 Milliarden Euro.
- Ein kostenloser öffentlicher Nahverkehr wird auf circa 15 Milliarden Euro geschätzt.
- Um die Bildungsausgaben auf den Durchschnitt der Staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung anzuheben, wären jährlich 12,7 Milliarden Euro mehr nötig.

Wie lange bleibt das Land noch ruhig? Im Sinne Immanuel Kants haben wir die Verpflichtung, Frieden zu stiften und nicht die Maschinerie des Krieges immer weiter anzutreiben. Fangen wir endlich an. | **Uwe Hiks, Regina Schmidt-Kühner, Michael Müller, Rita Trautmann, Yannick Kiesel für die NaturFreunde Deutschlands**



Foto: Doris Bantschach

Zivile Nichtzusammenarbeit

Die Redaktion sprach mit Yannick Kiesel, dem kommissarischen politischen Geschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK).

Am 5. Dezember 2025 stimmten 323 Bundestagsabgeordnete für das Wehrdienst-Modernisierungsgesetz, 272 lehnten ab. Was kommt auf uns zu, wie läuft die konkrete Umsetzung? Verfängt die „Einladung“ der Bundeswehr?

Seit Januar erhalten alle 18-jährigen Deutschen einen Fragebogen der Bundeswehr. Männer müssen ihn beantworten, für Frauen ist das freiwillig. Ab Juli 2027 sollen Männer des Jahrgangs 2008 verpflichtend gemustert werden, danach weitere Jahrgänge. Damit entsteht erstmals seit 2011 wieder eine umfassende Wehrerfassung. Gleichzeitig versucht die Bundeswehr, mit hohem Sold und Vergünstigungen Freiwillige zu gewinnen. Ob das reicht, ist offen – der Personalbedarf für die Aufrüstungspläne ist jedenfalls enorm. Nach den ersten 300.000 verschickten Briefen war das Resultat: 530 neue Rekrut:innen. Ich denke, das spricht für sich.

Drohen schon in Kürze die „verpflichtende Bedarfs-Wehrpflicht“ und die Wiedereinführung eines zivilen Ersatzdienstes?

Die Bedarfswehrpflicht kommt nicht automatisch. Hierfür müsste der Bundestag ein weiteres Gesetz beschließen. Das kann geschehen, wenn die angestrebten Personalzahlen nicht erreicht werden oder die Bundesregierung die sicherheitspolitische Lage entsprechend bewertet. Mit einer Wehrpflicht würde auch ein Ersatzdienst für anerkannte Kriegsdienstverweigerer wieder relevant. Die DFG-VK lehnt militärische wie zivile Zwangsdienste ab.

Kann man den „neuen Wehrdienst“ verweigern? Wo bekommt man die nötigen Informationen?

Ja. Artikel 4 Absatz 3 des Grundgesetzes gilt weiterhin: Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Wer freiwillig keinen Wehrdienst leisten will, muss sich derzeit schlicht nicht melden. Darüber hinaus kann ein Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt werden – gerade mit Blick auf eine mögliche Bedarfswehrpflicht. Die DFG-VK hat ihr Beratungsnetz stark ausgebaut. Informationen und Beratungsstellen gibt es unter [verweigern.info](https://www.dfg-vk.de).

Schon am Tag, als der sogenannte neue Wehrdienst beschlossen wurde, demonstrierten rund 40.000 Schüler:innen in mehr als 80 Städten dagegen. Wie entwickeln sich die Proteste? Welche Initiativen gegen Wehrdienst gibt es? Ist der Protest reine Schüler:innensache?

Nein. Junge Menschen haben den Protest angestoßen – schließlich geht es unmittelbar um ihre Zukunft. Inzwischen unterstützen Friedens-

organisationen, Gewerkschafter:innen, Eltern und weitere Gruppen den Widerstand. Lokale Bündnisse entstehen, Kriegsdienstverweigerungsberatungen werden aufgebaut und Protestaktionen organisiert. Im April fand in Kassel bereits der zweite bundesweite „Verweigert!“-Kongress statt. Jugendliche müssen dabei eine starke Stimme haben, aber die Verhinderung von Wehrpflicht und Militarisierung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Seit Jahren versucht die Bundeswehr, sich als „normaler Arbeitgeber“ zu präsentieren: beispielsweise in Schulen, auf Jobbörsen, auf der Messe für Computerspiele, auf Plakaten an Bushaltestellen. Was können Schulen, Eltern, Schüler:innen, Messebesucher:innen oder ÖPNV-Nutzer:innen tun?

Widersprechen! Schulleitungen können Bundeswehrauftritte ablehnen und Friedensgruppen einladen. Schüler:innen und Eltern können kritisch nachfragen und Protest organisieren. Gegen öffentliche Werbung sind Infostände, Demonstrationen und kreative Gegenaktionen möglich. Aktuell fordert die DFG-VK etwa mit einer Petition eine Gamescom ohne Bundeswehr. Denn Soldat:in ist kein normaler Beruf. Dazu gehören letztlich die Fähigkeit, Menschen zu töten, und das Risiko, selbst getötet oder verletzt zu werden. Das darf Werbung nicht verschleiern. Das Werbebudget der Bundeswehr beträgt übrigens schlappe 70 Millionen Euro im Jahr.

Zum 1. Juli 2011 war die Wehrpflicht ausgesetzt worden. Erfolgte damit auch ein Rückbau von Kasernen und Infrastruktur? Was kostet uns die „neue Wehrpflicht“? Gibt es Aufrufe und Initiativen, sich nicht an Bauvorhaben der Bundeswehr zu beteiligen?

Nach 2011 wurden Standorte geschlossen und ehemalige Militärf Flächen für zivile Nutzungen frei – etwa für Wohnungen, Schulen, Sport- oder Grünflächen. Diese Konversion wird nun teilweise zurückgedreht oder gefährdet, weil die Bundeswehr wieder Flächen beansprucht. Gleichzeitig entstehen neue Kapazitäten: Das Bauprogramm „G-CAP Inland Stufe 1“ umfasst rund 300 Gebäude an etwa 130 Standorten mit mehr als 54.000 zusätzlichen Betten und einem Volumen von rund 4,6 Milliarden Euro. Die Militarisierung wird damit buchstäblich in Beton gegossen. Wir wollen Gewerkschaften, Beschäftigte, Kommunen und Unternehmen dafür gewinnen, diesen Ausbau nicht einfach mitzutragen. Kriegsdienstverweigerung darf nicht erst am Kasernentor beginnen: Wir brauchen eine Debatte über zivile Nichtzusammenarbeit mit der Aufrüstung.

Unterirdisch: Kriegstüchtige Krankenhäuser und Abbau der zivilen Gesundheitsversorgung

Täglich wird uns vermittelt, unser Gesundheitswesen wäre teuer und ineffizient. Seit der sogenannten Zeitenwende 2022 verschieben sich die Prioritäten der Bundespolitik zugunsten einer Militarisierung und Kriegstüchtigkeit unserer Daseinsvorsorge. Das passiert über „Rahmenrichtlinien zur Gesamtverteidigung“ und bald auch über das Gesundheitssicherstellungsgesetz. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft liefert Konzepte für den Verteidigungsfall.

Die Bundesländer sollen anordnen dürfen, dass Einrichtungen der gesundheitlichen Versorgung ihre Leistungsfähigkeit auf die Anforderungen im Verteidigungsfall umstellen: mehr Schutzräume, höhere Kühlkapazitäten für Verstorbene. Per Triage sollen verletzte Soldaten, die noch für einen

militärischen Einsatz verwendbar sind, bevorzugt behandelt werden. Die Versorgung der zivilen Bevölkerung wird hintangestellt.

Ein Beispiel für die geplante Umsetzung dieser Umformung findet derzeit in Köln statt. Dem Krankenhaus Holweide und der Kinderklinik an der Amsterdamer Straße droht die Schließung. Dafür soll die Klinik in Merheim kriegstüchtig werden. Mit weniger Personal und Betten, aber einer optionalen Intensivstation unter der Erde.

Das vom Bundestag beschlossene Beitragsstabilisierungsgesetz und die jüngste Krankenhausreform werden unser Gesundheitssystem vor eine nie gekannte Zerreißprobe stellen. Insolvenzen und Krankenhausschließungen werden die Folge sein, außerdem Personalabbau, vermehrte Arbeitsbelas-

tung, Tarifflicht sowie neue Zumutungen für die Beitragszahler.

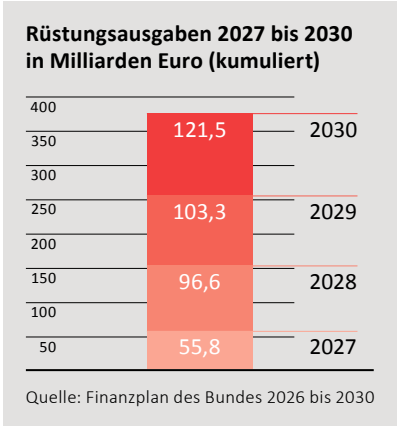
Gesundheitsversorgung im Sinne einer zivil-militärischen Zusammenarbeit unter militärische Kontrolle zu bringen ist weder neutral noch humanistisch. Die Entscheidungen über die Versorgung von Erkrankten und Verletzten müssen heute wie künftig ausschließlich auf Grundlage medizinischer Ethik und Expertise erfolgen. Das macht eine Gesellschaft krisenfest. Denn was im Frieden gut funktioniert, wird auch in Krisen standhalten.

Als „Bündnis für ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen“ kämpfen wir weiterhin für ein menschenwürdiges, solidarisches Gesundheitssystem: ohne Profite, mit guten Arbeitsbedingungen, zivil, demokratisch geplant, gut erreichbar, für alle. | **Susanne Quast**

Aufrüstung konkret: Wohin fließt das viele Geld?

Die Bundeswehr jubelt. Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) hat den Bundeshaushalt 2027 vorgelegt. Militär und Rüstung bilden darin den zweitgrößten Ausgabenposten. Die Bundeswehr schreibt dazu selbst: „Deutschland will 2027 so viel wie seit Ende des Kalten Krieges nicht mehr für Verteidigung ausgeben: 139,6 Milliarden Euro sind im Etatentwurf der Bundesregierung vorgesehen – das sind 31,4 Milliarden Euro mehr als im Vorjahr.“ 109,7 Milliarden Euro davon kommen aus dem regulären Verteidigungshaushalt (2026: 82,7 Milliarden Euro), der Rest aus dem sogenannten Sondervermögen Bundeswehr (2026: 25,5 Milliarden Euro. Und der Finanzplan sieht bis 2030 eine weitere drastische Erhöhung der Verteidigungsausgaben vor: 2028 sollen es 153,9 Milliarden Euro sein, 2029 sind 162,9 Milliarden Euro geplant, 2030 sogar 183,7 Milliarden Euro.

Allein für investive Ausgaben im Militärbereich, also für die konkrete Aufrüstung, sind in den nächsten vier Jahren insgesamt 377,2 Milliarden Euro geplant. Noch mal zur Erinnerung: Der gesamte Haushalt umfasst im kommenden Jahr 555 Milliarden Euro.



Das Bundesministerium der Verteidigung teilt mit, dass „die Bundeswehr für ein breites Spektrum möglicher Konflikte aufgestellt“ sein soll, die Mittel müssen „sowohl in bewährte konventionelle als auch moderne Fähigkeiten fließen“. Auf dem Einkaufszettel stehen: Kampf- und Schützenpanzer, Artillerie, Fregatten, Luftverteidigung und Munitionsbestände ebenso wie unbemannte Systeme, vernetzte Aufklärung, Drohenabwehr, weltraumgestützte Fähigkeiten und KI. „Entscheidend ist dabei das Zusammenspiel aller Fähigkeiten auf dem Gefechtsfeld. Technologische Entwicklungen sind dafür ebenso zentral wie Material, Personal und eine leistungsfähige Infrastruktur.“ Es geht darum, die Bundeswehr und die Gesellschaft „kriegstüchtig“ zu machen. Dazu wird ein breites Spektrum an Kriegswaffen und sogenannten sonstigen Rüstungsgütern angeschafft. Im zweiten Halbjahr 2026 sollen laut Presseberichten noch 100 große Rüstungsprojekte realisiert werden, dazu gehören unter anderem: Luft-Luft-Lenkflugkörper, Manövermunition, Kampfboote, Gleitbomben für das neue, teure Kampfflugzeug F-35, Geschosse für Panzerhaubitzen, Seeminen und Teile des US-Waffensystems Patriot, die Bewaffnung für die Drohne Heron TP, Panzerabwehrminen, Gefechtsstorpedos, Unterwasserdrohnen, Überschneefahrzeuge, Netzwerferdrohnen. Allein die Beschaffung der unausgereiften Angriffs- beziehungsweise Kamikazedrohnen bei Stark Defence, Helsing und Rheinmetall soll zusammen über fünf Milliarden Euro kosten. Nebenbei: Wesentliches Einnahmemoment bei Rüstungsprojekten ist ihr späterer Export. Er wird enorm steigen.

Hinzu kommt, dass das sogenannte Sondervermögen Bundeswehr Schulden sind. Die Frankfurter Rundschau berechnete, dass sich die Zinsausgaben des Bundes von 41,9 Milliarden Euro im Jahr 2027 auf prognostizierte 80,7 Milliarden Euro im Jahr 2030 verdoppeln. Da bleibt künftigen Regierungen kaum noch Handlungsspielraum.

Deutschland wird die Drehscheibe für den Aufmarsch nach Osten. Dazu gibt es einen Operationsplan Deutschland, den alle Verwaltungen bis hin zu den Kommunen umsetzen müssen, der aber auch zivile Akteure wie Hilfsdienste und Feuerwehr in die Kriegstüchtigmachung unserer Gesellschaft einbindet. Bildungssystem, Gesundheitswesen, Verkehrsinfrastruktur – alles wird auf kriegstüchtig getrimmt. Dabei geht es nicht mehr nur um Verteidigung. Es wird von „Siegfähigkeit“ gesprochen, so der Luftwaffeninspekteur Holger Neumann und der neue Kommandeur des Kommandos Spezialkräfte (KSK) Andreas Kühne. Im Gefechtsübungszentrum (GÜZ) bei Magdeburg wird alles geübt. Auf der Website der Bundeswehr ist zu lesen: „Hier trainiert die Brigade unter Bedingungen, die möglichst nah an der Realität liegen sollen. Angriff, Verteidigung, Bewegung im Gefecht – alles greift ineinander.“

Es wird Krieg vorbereitet. Aus der Geschichte wissen wir: Nach Aufrüstung folgt Krieg. Unser Land ist auf dem Weg zu einer Militärrepublik. Friedrich Merz hat es beim Beschluss der beiden Investitionsprogramme (Aufrüstung und Investitionen) noch vor seiner Wahl zum Bundeskanzler mit einer Bundestagsmehrheit aus CDU/CSU, SPD und Bündnis/Die Grünen klar gesagt, die Bundeswehr bekommt „whatever it takes“. Und so ist es jetzt auch. Das war und ist eine Kriegsvorbereitungscoalition. Die Zusagen Richtung Nato lauten: 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts fließen direkt in die Rüstung, zusätzlich 1,5 Prozent in militärisch nutzbare Infrastruktur – so erklärt sich auch das Investitionsprogramm.

Und die AfD? Die AfD ist das militaristische Beiboot. In ihrer Bundes-

tagsfraktion kommen zahlreiche Abgeordnete direkt von der Bundeswehr – vom Oberst bis zum Gefreiten – oder unmittelbar aus der Rüstungsindustrie. Ein Beispiel: Gerald Otten ist ehemaliger Bundeswehr-offizier, er arbeitete dann als Manager bei Airbus Defence, konkret als Eurofighter-Verkaufsdirektor, und ist derzeit freigestellt für den Bundestag.

Aber auch die anderen Parteien sind eng verbandelt mit der Rüstungsindustrie. Beispiele? Ein ehemaliger Bundestagsabgeordneter der SPD, Johannes Arlt, ist Senior Vice President bei Stark Defence, einem der Drohnen-Ausrüster der Bundeswehr. Markus Faber (FDP), Nachfolger von Marie-Agnes Strack-Zimmermann im Vorsitz des Verteidigungsausschusses, ist jetzt Vice President Political Affairs bei der Rüstungsfirma Elbit.

Was jetzt notwendig ist? Aufrüstung und Sozialabbau haben unmittelbar etwas miteinander zu tun. Auch weil auferüstet wird, wird den Schwächsten der Gesellschaft grundlegende Unterstützung immer stärker entzogen. Deshalb: Stoppt diese Aufrüstung und stoppt den Sozialabbau. Auf zu den Protesten! | Tobias Pflüger für IMI



Wir müssen zum Sand im Getriebe der Kriegsmaschinerie werden

Wir sprachen mit Ulrike Eifler, Jahrgang 1975, Buchautorin, Friedensaktivistin und aktive Gewerkschafterin aus Würzburg.



Die Sozialproteste vom Herbst 2026 richten sich gegen ein riesiges Bündel von Kürzungen und sozialen Einschnitten. Gleichzeitig werden für Aufrüstung immense Gelder bereitgestellt. Hängt das zusammen? Ganz klar ja! Das geben führende Politiker auch offen zu, etwa indem sie von einer „Kanonen statt Butter“-Politik sprechen. Für den Aufbau des Kriegsstaates soll der Sozialstaat zerstört werden. Wir sollten die Härte der geplanten Angriffe auf Rente, Pflege und Gesundheit nicht unterschätzen. Es handelt sich um das größte Verarmungsprogramm in der

Geschichte dieses Landes. So sind beispielsweise gravierende Rentenkürzungen geplant. Und das, obwohl schon heute 42 Prozent aller Rentner eine Armutsrente von weniger als 1.000 Euro erhalten.

Jahrzehntelang wurde um Rüstungskonversion gerungen: Lokomotiven statt Panzer, Windenergieanlagen statt Kriegsschiffe, zivile Messgeräte statt Militärtechnik. Jetzt stellt VW die Beschäftigten vor die Wahl: Werksschließung oder Militärgüter produzieren – Stichwort Osnabrück. Der Rüstungskonzern KNDS lässt am tradi-

tionsreichen Waggonbau-Standort Görlitz Panzerkomponenten statt der berühmten Doppelstockwagen produzieren. Wie reagiert die Belegschaft, wie die IG Metall? Es ist ja noch viel schlimmer. Die Militarisierung der Gesellschaft zieht die Militarisierung der Arbeitswelt nach sich, die weit über die Rüstungsindustrie hinausgeht. Lehrer müssen Soldaten in den Unterricht einladen, Pflegekräfte die Evakuierung von Verletzten erlernen. Sachbearbeiter der Arbeitsagentur müssen Arbeitslose in die Bundeswehr vermitteln. Und die öffentliche Verwaltung trainiert die Zusammenarbeit mit dem Militär. Es sind also nicht nur die Beschäftigten der Rüstungsindustrie Teil der Kriegsmaschinerie, sondern jeder Einzelne von uns. Deshalb brauchen wir in allen Gewerkschaften eine Debatte darüber, wie wir den Arbeitsplatz zum Ort der Auseinandersetzung gegen den Krieg machen können.

Was können Schülerproteste und Friedensbewegung auf der einen und Gewerkschaften und Sozialverbände auf der anderen Seite voneinander lernen? Kann daraus eine gemeinsame Protestbewegung gegen die Pläne der Regierung werden?

Die Schüler bestreiken „ihren Arbeitsplatz“, weil sie merken, dass sie Teil der Kriegsvorbereitung sind. Diese Erfahrung müssen wir auf die Arbeitswelt ausweiten. Gleichzeitig zeigen die staatlichen Repressionen gegen die Schüler, dass die Bundesregierung bereit ist, die Unterordnung unter die Politik der Kriegsvorbereitung autoritär zu erzwingen. Dagegen müssen wir zusammenstehen. Ich bin stolz darauf, dass sich die Gewerkschaften gegen die Wehrpflicht aussprechen und sich damit in einem zentralen Punkt der Kriegsvorbereitung gegen die Bundesregierung stellen. Und schließlich müsste sich die Friedensbewegung jetzt auch an die Seite der Gewerkschaften und Sozialverbände stellen, um den Sozialstaat zu verteidigen. Daraus kann eine gemeinsame Protestbewegung entstehen.

Russland/Ukraine, Israel/Palästina, USA/Iran – jeder neue Krieg ist eine humanitäre Katastrophe und erzeugt Ängste, Fragen, Widersprüche. Viele fürchten sich vor Streit und äußern ihre Meinung nur noch in geschützter Umgebung oder gar nicht mehr. Auch Betriebe in Deutschland sind immer stärker Teil dieser Kriege. Muss die Belegschaft bei Kritik mit Repressionen

rechnen? Wie können wir auf einen Weg zu einer selbstbewussten Einforderung unseres Wunsches nach einem friedlichen Miteinander zurückfinden? Die Bundesregierung schafft mit ihrer fortwährenden Kriegsrhetorik ein Klima, in dem sich Arbeitgeber ermutigt fühlen, gegen die privat geäußerten Friedenspositionen ihrer Mitarbeiter vorzugehen. Lehrer werden suspendiert, wenn sie sich in den sozialen Medien gegen den Genozid in Gaza aussprechen. Auch DHL-Mitarbeiter müssen mit Entlassungen rechnen, wie ein Fall in Leipzig gezeigt hat. Hochschuldozenten droht sogar die Streichung von Fördergeldern. Der Arbeitsplatz wird zum Ort der Auseinandersetzung um Krieg und Frieden gemacht – ob wir das wollen oder nicht. Unsere Aufgabe ist es, dagegenzuhalten. Dabei ist zu beachten: Die antimilitaristischen Reflexe Einzelner können arbeitsrechtlich unterdrückt werden. Wenn sich aber die kollektive Kraft der Gewerkschaft gegen die Militarisierung stellt – beispielsweise als sich Hafenarbeiter in Italien weigerten, Rüstungsexporte nach Israel zu verladen –, dann können wir zum Sand im Getriebe der Kriegsmaschinerie werden.

DFG-VK: Für Frieden – gegen Krieg und Militär

Die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) ist die älteste und eine der größten pazifistischen und antimilitaristischen Organisationen Deutschlands. Seit 1892 setzen wir uns gegen Krieg, Aufrüstung und Militarisierung und für eine friedliche Bearbeitung von Konflikten ein. Bundesweit engagieren sich unsere Mitglieder in Ortsgruppen, Landesverbänden und thematischen Arbeitsgruppen.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Kriegsdienstverweigerung. Mit dem „neuen Wehrdienst“, der verpflichtenden Erfassung junger Männer und der möglichen Aktivierung einer Bedarfswehrpflicht wird das Thema für eine neue Generation konkret. Wir sagen: Niemand sollte gegen den eigenen Willen zum Dienst an der Waffe gezwungen werden. Unter verweigern.info haben wir deshalb umfangreiche Informationen zur Kriegsdienstverweigerung zusammengestellt. Dort erklären wir, wer einen Antrag auf Kriegsdienst-

verweigerung (KDV-Antrag) stellen kann, wie das Verfahren abläuft und was bei Fragebogen, Musterung und einer möglichen Wehrpflicht zu beachten ist.

Vor allem aber beraten wir persönlich. Die DFG-VK hat ihr bundesweites Netz an ehrenamtlichen KDV-Berater:innen stark ausgebaut. Sie unterstützen bei Fragen zum Verfahren und bei der Vorbereitung eines Antrags. Das Angebot richtet sich an junge Menschen ebenso wie an aktive und ehemalige Soldat:innen sowie Reservist:innen. Die Beratung ist kostenlos und vertraulich.

Gleichzeitig wollen wir Menschen ermutigen, selbst aktiv zu werden: gegen Bundeswehrwerbung an Schulen und im öffentlichen Raum, gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht und gegen die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft. Werde aktiv, werde Mitglied bei uns! Kriegsdienst verweigern und Beratung finden: <https://verweigern.info> Jetzt Mitglied werden: <https://dfg-vk.de/mitglied-werden/>

NaturFreunde: Frieden in Bewegung bringen

Die NaturFreunde Deutschlands sind ein politischer Verband für Umweltschutz, sanften Tourismus, Sport und Kultur mit Wurzeln in der Arbeiter:innenbewegung. Mehr als 65.000 Mitglieder engagieren sich in über 500 Ortsgruppen für die sozialökologische und friedliche Entwicklung der Gesellschaft. Die rund 350 Naturfreundehäuser in Deutschland sind gute Beispiele für sanften Tourismus. Als Sportverband bilden die NaturFreunde im Berg-, Kanu- und Schneesport sowie im Wandern aus. Wir stehen ein für eine solidarische, vielfältige und demokratische Gesellschaft, für konsequenten Klima- und Umweltschutz, Frieden und internationale Verständigung. Wir treten Rassismus, Rechtsextremismus und anderen Formen der Menschenfeindlichkeit entschieden entgegen und engagieren uns für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und für eine sozial gerechte Zukunft.

Die NaturFreunde sind ein fester Teil der Friedensbewegung. Wir sind

stolz, dass Widerstandskämpfer Georg Elser, der 1939 das Attentat auf Hitler verübte, und auch Friedensnobelpreisträger Willy Brandt, der für seine Ost- und Entspannungspolitik ausgezeichnet wurde, Mitglieder der NaturFreunde waren. In den 1950er Jahren unterstützten die NaturFreunde die „Anti-Atomtod“-Bewegung, die Naturfreundejugend war Mitbegründer der Ostermärsche.

Vom 1. bis 30. Mai wandern Friedensbewegte gemeinsam für Frieden, Abrüstung und internationale Verständigung. „Frieden in Bewegung“ führt 2027 von Oostende an der belgischen Nordseeküste bis nach Mainz. Unterwegs verbinden wir Naturerlebnis und politisches Engagement. Kundgebungen, Führungen und Diskussionsveranstaltungen ergänzen die Wanderungen. Mitmachen ist auch auf einzelnen Etappen möglich – jede und jeder kann Teil der Friedensbewegung werden. Weitere Informationen: <https://naturfreunde.de> <https://frieden-in-bewegung.de>

Unterstützen Sie unsere Arbeit!

Spenden

Unsere Zeitung ist auf Ihre Hilfe angewiesen. Mit Ihrer Spende finanzieren wir den Druck dieser und weiterer Auflagen.

■ Sie können schnell und sicher online spenden:

<https://gemeingut.org/spenden>

Als Spendenkennwort geben Sie bitte „Abrüsten“ an.



■ Ihre Spende können Sie auch direkt auf folgendes Konto bei der GLS Bank überweisen: Kontoinhaber: Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e.V. IBAN: DE20 4306 0967 1124 2291 00 BIC: GENODEM1GLS Kennwort: Abrüsten

■ Wenn Sie eine Spendenbescheinigung wünschen, geben Sie bitte beim Überweisen außer dem Spendenkennwort auch Ihre Postadresse mit an. Der Verein Gemeingut in BürgerInnenhand ist als gemeinnützig anerkannt, Ihre Spende also steuerlich absetzbar. Spendenquittungen versendet Gemeingut jeweils zu Beginn des nächsten Jahres.

Mitmachen

■ Bestellen Sie weitere Exemplare dieser Zeitung. Verteilen Sie die Sonderseiten auf Demos oder geben Sie sie an Freunde, Kollegen, Bekannte oder Abgeordnete weiter. Bestellen können Sie die Zeitung bei den herausgebenden Organisationen oder direkt unter: info@gemeingut.org

■ Wenn Sie die Petition „Sicherheit durch Abrüsten und Verhandeln“ lieber analog unterschreiben wollen oder weitere Unterschriften analog sammeln möchten, können Sie gedruckte Unterschriftenlisten kostenlos im Gemeingut-Büro bestellen: info@gemeingut.org Um Druck und Portokosten zu finanzieren, bitten wir um eine Spende.

Petition jetzt unterschreiben:

Sicherheit durch Abrüsten und Verhandeln

An den Bundeskanzler

Krieg ist immer falsch. Er bringt mit jedem Tag mehr Leid, Zerstörung und Tod. Und er trifft sozial benachteiligte Menschen zuerst und am härtesten. Mit jedem Tag wächst das Risiko der Eskalation und Ausweitung, denn Kriege kennen keine Grenze. Deshalb heißt die wichtigste Aufgabe in einer Zeit wie dieser: Frieden schaffen. Statt zu schießen, gilt es, zu verhandeln. Statt aufzurüsten und zu drohen, benötigen wir ernsthafte, ehrliche Diplomatie, internationale Kooperation und kulturellen Austausch.

In unserer Zeit, in der die gegenseitigen Verflechtungen und Abhängigkeiten ständig zunehmen, in der sich Krisen wie beispielsweise die Klimaerhitzung oder Pandemi-

en grenzüberschreitend auswirken und in der Waffensysteme jeden Punkt der Erde erreichen können, kann internationale Sicherheit keine militärische Frage sein und schon gar nicht einseitig erlangt werden. Notwendig ist ein System gegenseitiger Sicherheit.

Frieden und Demokratie in Europa sind nicht selbstverständlich und müssen politisch herbeigeführt werden. In vielen europäischen Staaten schreitet die soziale Spaltung voran, und Rechtsextremismus breitet sich aus. Entweder münden die globalen Konflikte in neuer Gewalt, oder es kommt zu einer neuen Phase von Abrüstung, Entspannung und friedlicher Zusammenarbeit. Wir wünschen uns Frieden und ein solidarisches Miteinander.

Herr Bundeskanzler, beenden Sie die Aufrüstung, geben Sie unsere Steuergelder frei. Sie sind nicht für Krieg und Zerstörung gedacht, sondern für die Finanzierung der Daseinsvorsorge, für sozialen Zusammenhalt und Ausgleich, für unser aller Gemeinwohl. Engagieren Sie sich aktiv für und in Friedensverhandlungen!

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) | Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) | Informationsstelle Militarisierung (IMI) | NaturFreunde Deutschlands und alle Unterzeichnenden

Jetzt online unterschreiben unter:

<https://gemeingut.org/petition-frieden/>



IMI: Mittler zwischen Friedensbewegung und wissenschaftlicher Konfliktbearbeitung

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) arbeitet seit 1996 in einem breiten Spektrum friedenspolitischer Themen mit einem starken Fokus auf Deutschland und seine Rolle in der Welt. Als gemeinnütziger Verein wollen wir mit unseren Analysen und Informationen einen Beitrag zur Völkerverständigung leisten. Wir verstehen uns dabei als ein Mittler zwischen der Friedensbewegung und der wissenschaftlichen Bearbeitung von Konflikten und Konfliktkonstellationen.

Die Informationsstelle gibt die Online-Publikation „IMI-List“ heraus, die ein- bis zweimal im Monat auf aktuelle Texte und Informationen verweist. Sie wird derzeit von fast 2000 Personen abonniert. Der „AUS-

DRUCK“ ist das Infomagazin von IMI und erscheint vierteljährlich in einem Umfang von 68 bis 80 Seiten. In ihm präsentieren wir umfangreiche Analysen in einem ansprechenden Layout. Wir stellen alle unsere Materialien gratis online zur Verfügung, auch viele Printpublikationen versuchen wir kostenlos oder zum Selbstkostenpreis abzugeben, um eine hohe Verbreitung zu fördern.

Der jährliche IMI-Kongress im November widmet sich meist einem Thema aus unseren Schwerpunkten und bringt fachkundiges Publikum und kompetente Vortragende zusammen. Die Kongresse geben Gelegenheit, sich aktiv in eine laufende, aktuelle Diskussion einzubringen und Informationen zu sammeln. Re-

ferentinnen und Referenten aus den Reihen von IMI stehen für Veranstaltungen zur Verfügung.

Die Informationsstelle Militarisierung finanziert sich über Beiträge der rund 300 Mitglieder und durch Spenden; außerdem wird sie durch einen Förderverein unterstützt.

Kontakt: imi@imi-online.de

Weitere Informationen:

<https://imi-online.de>



Gemeingut in BürgerInnenhand: Verbinden statt spalten, verhandeln statt schießen

Unsere Solidargemeinschaft gerät aus den Fugen. Ungleichheit ging schon einmal zurück, Hunger wurde bekämpft, der Kalte Krieg überwunden. Aktuell läuft Vieles in die falsche Richtung: Die Infrastrukturen werden privatisiert oder verfallen, während Unsummen in die Rüstung fließen. Leistungen der Daseinsvorsorge werden gnadenlos gekürzt. Unsicherheit und Unmut angesichts dieser Zustände spalten unser Land. Wir erwidern: Gute Daseinsvorsorge ist der Kitt unserer Gesellschaft, ist Grundlage eines solidarischen Miteinanders.

Der Verein Gemeingut in BürgerInnenhand setzt sich seit 2010 für die Daseinsvorsorge ein, denn wir finden, Wasser, Energie, Gesundheit, Bildung oder Mobilität sind für uns elementar. Öffentliche Infrastrukturen müssen funktionieren und dem Gemeinwohl dienen. Sie dürfen keine Spekulationsobjekte

privater Investoren sein und auch nicht von der Regierung durch Vernachlässigung oder Säbelrasseln aufs Spiel gesetzt werden.

Gemeingüter bilden einen Teil unseres gesellschaftlichen Erbes. Generationen haben Ideen und Arbeitskraft für ihren Aufbau verwendet. Wir schützen Gemeingüter, kämpfen etwa für eine flächendeckende Krankenhausversorgung und für gute öffentliche Mobilität. Wir entlarven öffentlich-private Partnerschaften als einen teuren Irrweg. Um die Daseinsvorsorge zu erhalten, sind dringend massive Investitionen notwendig – und ein Privatisierungsstopp. Daher engagieren wir uns auch für die Umverteilung durch die Besteuerung großer Vermögen. Frieden ist die Basis für alles, was wir tun und schützen. Machen Sie mit, werden Sie aktiv für Gemeingüter! Kontakt: info@gemeingut.org Mehr unter: <https://gemeingut.org>

Impressum

Herausgeber:
Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V.
Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e.V.
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
NaturFreunde Deutschlands e.V.

c/o Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e.V.
Weidenweg 37
10249 Berlin
Telefon +49(0)30 37300442
info@gemeingut.org
<https://gemeingut.org>

V. i. S. d. P.: Carl Waßmuth, Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e.V.
Konzeption und Redaktion:
Katrín Kusche, Carl Waßmuth

1. Auflage
Redaktionsschluss: 16.09.2026

Unterstützen Sie diese Ausgabe und weitere Auflagen der Zeitung mit Ihrer Spende! <https://gemeingut.org/spenden> Kennwort „Abrüsten“ bitte nicht vergessen!